



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. November 2022
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 801 Anfrage Rüttimann Bernadette und Mit. über mehr Effizienz und Effektivität im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln dank neuen Technologien / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bernadette Rüttimann ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Bernadette Rüttimann: Ich bin von der Antwort des Regierungsrates sehr enttäuscht und fühle mich von der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) nicht ernstgenommen. Meine Fragen wurden oberflächlich, unpräzise und zum Teil nicht richtig beantwortet. Ich durfte meinen Unmut bei der Regierung deponieren, deshalb hat in der Zwischenzeit ein Gespräch mit der Lawa stattgefunden. Dafür bedanke ich mich. Weil ich mit der Beantwortung meiner Anfrage so unzufrieden war, habe ich alle Antworten nachrecherchiert: bei der Lawa, beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) und bei Agroscope. Zur Antwort zu Frage 1: Die Antwort hätte lauten sollen: Nein, das hat die Lawa nicht getan. Es war der Kanton Aargau, zusammen mit Agroscope, der beim BLW einen Antrag gemäss Artikel 55 der Direktzahlungsverordnung eingereicht hat. Das BLW hat diesen Antrag geprüft und bewilligt und Beiträge für Versuche gesprochen, welche zum Ziel haben, die Qualität von Biodiversitätsflächen zu verbessern. Das BLW ist so überzeugt von diesen neuen Technologien, dass es die Versuchsreihen um ein weiteres Jahr, bis 2023, verlängert hat. Der Kanton Luzern ist mit den in den Antworten aufgeführten Sonderbewilligungen nur ein Trittbrettfahrer und hat einfach eine Unterbewilligung ausgestellt und beim ganzen Versuchsprogramm mitgemacht. Ich hätte mir als Agrarkanton gewünscht, dass der Kanton mehr den Lead übernimmt. Zur Antwort zu Frage 5: Das BLW und das BLV haben sich per 1. Januar 2022 in ihren Aufgaben neu organisiert. Leider ist bei der Reorganisation der Antrag auf Gleichstellung verloren gegangen, und dank meinen Recherchen wurde das festgestellt und wurde er wieder aufgenommen. Ich hätte mir gewünscht, dass eine solche Feststellung durch die Lawa und nicht durch mich erfolgt wäre. Das Gute bei dieser Diskussion ist, dass ich vom BLW erfahren habe, dass seit Juni 2021 die neuen DAS-Technologien (Geräte für die «detektionsbasierte, selektive Applikation», abgekürzt DAS) für sämtliche Kunst- und Naturwiesen freigegeben worden sind. Das entspricht 90 Prozent unserer Wiesenbestände. Das ist ein Monat nach unserer Informationsveranstaltung, die Kantonsrat Martin Birrer und ich organisiert haben. Warum also sehen wir nicht mehr solche Maschinen bei uns auf der Landschaft, wenn mit diesen Maschinen 90 Prozent der Pflanzenschutzmittel eingespart werden könnten? Ein Grund könnte sein, dass unsere Landwirtinnen und Landwirte von dieser regulatorischen Neuerung keine Kenntnis hatten. Ich weiss nicht, wie die Lawa solche Neuerungen an unsere über 4000 Landwirtschaftsbetriebe kommuniziert. Ein anderer Grund ist wie erwähnt die Gleichstellung und Umwidmung bei den Pflanzenschutzmitteln. Ich hoffe, dass die Lawa das Beste aus meiner Anfrage macht und wünsche mir nun Taten statt Worte.

Simon Howald: Die offene und positive Haltung der GLP-Fraktion gegenüber der Digitaltechnik und Robotisierung ist allgemein bekannt. Wir gelten als technisch affin, haben keine Angst vor neuen Technologien und verschliessen uns nicht vor Veränderungen. Dadurch erkennen wir die Vorteile der Feldrobotik für den reduzierten punktuellen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Jedoch ist nicht nur das Volumen, sondern auch das eingesetzte Pflanzenschutzmittel für die Belastung der Umwelt entscheidend. Es braucht dringend eine Verlagerung von den chemischen Pestiziden hin zu den biologischen Pflanzenschutzmitteln. Der Regierungsrat führt in seiner Antwort aus, dass die Zulassung der Herbizide dem Bund obliegt. Wir können nachvollziehen, dass die Vorgaben in diesem Bereich auf Bundesebene gelten sollen, damit kein Flickenteppich über die ganze Schweiz entsteht. Ebenfalls begrünnen wir es, dass sich der Regierungsrat weder vor der Zusammenarbeit noch der Technologie verschliesst. Die GLP-Fraktion sieht keine Notwendigkeit für ein zusätzliches Gremium. Schlussendlich ist der Einsatz von Geräten für die detektionsbasierte selektive Applikation ausserhalb der Biodiversitätsförderflächen heute schon möglich. Für die Biodiversitätsförderflächen soll unserer Meinung nach ein höherer Schutz gelten.

Peter Fässler: Die SP-Fraktion setzt sich für eine naturnahe und naturschonende Landwirtschaft ein. Daher sind alle Mittel und Möglichkeiten durch neue Technologien sehr willkommen, um den Einsatz von Giften zur Bekämpfung von Unkräutern und invasiven Neophyten zu reduzieren, wobei für uns die mechanische Bekämpfung dieser Pflanzen, wie sie in der biologischen Produktion angewandt wird, oberste Priorität besitzt. Nun ist in der Schweiz der landwirtschaftliche Wirtschaftszweig bundesrechtlich sehr stark reguliert, was in Anbetracht der grossen finanziellen Mittel für die landwirtschaftlichen Subventionen gerechtfertigt ist. Das gilt auch für die Versuchseinsätze der in der Anfrage erwähnten Eco-Robotix-Maschinen zur Bekämpfung unerwünschter Pflanzen in der landwirtschaftlichen Produktion, speziell auf Biodiversitätsförderflächen. Die Regierung sagt in ihrer Antwort richtig, dass die Bewilligung solcher Einsätze nicht in ihrer Kompetenz liegt. Zuständig dafür ist der Bund. Fakt ist aber auch, dass auf Biodiversitätsförderflächen, sogenannten BFF, wenn immer möglich gar keine Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden sollen. Falls solche doch ausgebracht werden, muss dies sehr gezielt erfolgen. Die DAS-Technik ist laut Fachleuten momentan noch nicht in der Lage, auf BFF eine ausreichend genaue Applikation zu garantieren. Hier wachsen viel zu viele unterschiedliche, für die Biodiversität nützliche Pflanzen, die nicht ausreichend digital von Schädlingpflanzen unterschieden und bekämpft werden können. Auf Kunstwiesen und -weiden ist dies kein Problem, und dort ist die Technik auch bereits zugelassen. Der Kanton Luzern hat aktuell drei Sonderbewilligungen ausgestellt und wirkt an den Versuchen mit solchen Technologien über Agroscope aktiv mit. Die Versuche wurden bis 2023 verlängert, um mehr Daten für eine allfällige Zulassung zu erhalten. Nach wie vor ist aber die mechanische Bekämpfung von unerwünschten Pflanzen die naturschonendste Methode und sollte das auch bleiben, denn für die genaue Beobachtung der landwirtschaftlichen Flächen ist das geschulte Auge der Bäuerin und des Bauern irgendwelchen Maschinen weit überlegen. Dies wird auch bei fortschreitender Digitalisierung in der Landwirtschaft so bleiben.

Ruedi Amrein: Die Antworten der Regierung sind für die FDP-Fraktion zufriedenstellend. Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton besteht, und es ist richtig, sich daran zu orientieren. Wir stellen fest, dass der Kanton seine Möglichkeiten wahrnimmt; natürlich kann man darüber diskutieren, wer für die Auslösung verantwortlich war und ob die Anfragende sich das anders vorgestellt hat. Gerade jetzt gibt es ein aktuelles Beispiel: Ein Teil der Forschung, die den Einsatz von tierischen Nährstoffen untersucht, wurde vom Kanton übernommen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Einsatz von modernen Maschinen, durch die der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln stark reduziert werden kann. Peter Fässler hat erklärt, dass es Ziel der SP sei, nur solche Mittel einzusetzen, die auch von Bio Suisse eingesetzt würden. So weit sind wir leider noch nicht. Ich nenne ein Beispiel: Dieses Jahr herrscht ein Mangel an Rosenkohl, weil alle dort eingesetzten Pflanzenschutzmittel gegen solche ausgetauscht wurden, die noch nicht wirksam sind. Nun muss nach einer Lösung gesucht werden. Dieses Beispiel zeigt, dass wir noch nicht dort sind, wo wir gerne möchten. Die

Nachforschungen von Bernadette Rüttimann, die uns zugänglich waren, haben doch zu einer gewissen Unsicherheit geführt. Fazit ist, dass es bei der Kommunikation und Anregung von Massnahmen an die Landwirte im Kanton noch Verbesserungspotenzial gibt.

Monique Frey: Wir sprechen hier nicht von Biogemüsebau, sondern von Graslandwirtschaft und Milchwirtschaft. Hier ist die Dichte von Biobetrieben im Kanton leider viel zu klein. Das ist verwunderlich, denn gerade in diesem Bereich wäre der Umstieg auf Biolandbau geeignet. Das beste Beispiel ist der Kanton Graubünden, wo über 50 Prozent der Bauern und ganze Täler bereits umgestiegen sind und eine sehr gute Regiovermarktung aufgebaut haben. Das wäre auch eine Möglichkeit für die Region Entlebuch. Im Biolandbau werden Problemunkräuter mit viel Handarbeit bekämpft. Es gibt aber auch ein cleveres Weidemanagement mit Tieren und geeignete Einsaaten. Ich habe diese Anfrage ebenfalls unterzeichnet, weil es im Kanton Luzern noch viel konventionelle Landwirtschaft gibt. Deshalb soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wenigstens effektiv und effizient erfolgen. Dabei können neue Technologien helfen. Die Robotik hilft natürlich auch im Biolandbau. Es gibt verschiedene Robotiksysteme, die gerade bei steilen Hängen versuchen, durch regelmässiges Schneiden dem Problemkraut Herr zu werden. Nach Ansicht der G/JG-Fraktion zeigt die Antwort der Regierung auch auf, dass in der Landwirtschaft die wichtigsten Aktivitäten, Entscheide und Bewilligungen auf Bundesebene erfolgen. Die Anfragende hat erklärt, sie erwarte von der Lawa, dass sie die Bäuerinnen und Bauern über Neuigkeiten informiere. Tatsache ist aber, dass die Bäuerinnen und Bauern unabhängige Unternehmerinnen und Unternehmer sind – als das wollen sie auch bezeichnet werden –, deshalb müssen sie sich auch von sich aus über die neusten Errungenschaften, Bewilligungen und Entscheide informieren. Das ist Teil ihres Berufsauftrags. In diesem Sinn sind wir mit der Antwort einverstanden und überzeugt davon, dass sich der ganze Bereich in die richtige Richtung entwickelt.

Josef Schuler: Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit solchen Präzisionsmaschinen bedeutet nicht einen Verzicht auf die hochtoxischen Substanzen, die sich in den Böden anreichern und in die Organismen gelangen. Wir haben vorhin über die mit Dioxin belasteten Stellen im Kanton diskutiert. Eigentlich müssten wir Maschinen bauen lassen, die das Gift dem Boden wieder entziehen. Jeder in die Zukunft schauende Landbesitzer müsste andere Methoden bevorzugen, die den Boden aufbauen und schonen. Viele Landwirte haben ihr Unkraut mit der mechanischen Methode im Griff. Die Maschine gaukelt vor, alles im Griff zu haben und fördert die Distanz zum Boden, der für viele Landwirte eine Grundlage ihrer Existenz ist. Mir kommt es vor, als sei die Anfrage eine kluge, versteckte Marketingstrategie der Thomas Estermann AG, um ihr Geschäft bekannt zu machen und die Markteinführung zu fördern. Liebe Bauern, lassen Sie die Hände davon, denn wie heisst es doch: Bauer, bleib bei deiner Scholle.

Martin Birrer: Josef Schuler ist etwas vom Thema abgekommen. Diese Maschine wäre etwas Gutes. Ich begreife nicht, warum man etwas nicht unterstützt, das besser ist. Das ist kein Werbegag der genannten Firma. Diese Firma hat eine solche Maschine gekauft, aber auch anderen Firmen in der Schweiz verfügen über eine solche Maschine. Damit könnte eine klare Verbesserung erzielt werden. Wenn Unkraut bekämpft wird, zum Beispiel Blacken, geschieht das flächig, die Maschine bekämpft nur Blacken. Das ist ein massiver Unterschied, und es wäre eine markante Verbesserung. Genau darauf zielt die Anfrage von Bernadette Rüttimann ab.

Bernadette Rüttimann: Ich bin sehr dankbar, dass das BLW diese Technologie fördert. Es hat 40 Jahre gedauert, bis man so weit war. Es geht auch nicht um eine einzelne Maschine der Thomas Estermann AG, sondern auch um andere, in der Schweiz sind es inzwischen über 30 an der Zahl.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir begrüssen es, wenn die Landwirtinnen und Landwirte in unserem Kanton nach Möglichkeiten suchen, um möglichst wenig Pflanzenschutzmittel einzusetzen – und diese noch gezielter und entsprechend reduzierter. Persönlich begrüsse ich es auch, wenn sich Mitglieder des Parlaments, wie hier Bernadette Rüttimann, Zeit nehmen und

offene Fragen mit der Verwaltung klären. Ich glaube, mittlerweile hat das direkte Gespräch einiges bewirkt. Ich habe von meinen Mitarbeitenden die Rückmeldung erhalten, dass man das Anliegen jetzt auch besser verstanden hat. Ich darf auch sagen, dass wir verstärkt informieren wollen, beispielsweise mit dem Newsletter der Lawa, aber auch in der entsprechenden Ausbildung am Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung (BBZN). Ich möchte auch das Votum von Monique Frey aufnehmen, wir sind uns nicht sehr oft einig, aber heute schon. Es ist auch Aufgabe der Landwirtinnen und Landwirte, sich über die Möglichkeiten zu informieren, wie umweltschonend produziert werden kann. Ich glaube, hier darf man auch an die Eigenverantwortung appellieren, der Staat macht ja bereits genügend Vorgaben in der Landwirtschaft. Ich bin sehr interessiert an innovativen Lösungen und am Fortschritt neuer Technologien in der Produktion von Nahrungsmitteln in der Landwirtschaft. In diesem Sinn gibt es keine Vorbehalte gegenüber neuen Technologien, im Gegenteil, wir benötigen diese, um einen Schritt vorwärtszukommen für eine nachhaltige Landwirtschaft und Produktion von Nahrungsmitteln.